

Preussischer Landtag.

Ausgabe des 21. April 1887.

Am Ministerische: Fürst von Bismarck, von Rott-

amer, von Götzer, Dr. Friedberg und Kommissioner.

Auf der Tagesordnung steht lediglich die erste Beratung

der kirchenpolitischen Vorlage.

Erster Redner gegen dieselbe ist

Herr Grell, dessen Ausführungen auf der Journalisten-

tribüne nur schwer verständlich sind und auch im Saale nicht

überall verstanden werden, so daß mehrlache Rufe „lauter“

erhoben. Nennen erlaubt an, daß der Papst dem Staate in

keiner Zeit entgegengekommen sei, daß er endlich den Klerns

angeordnet habe, dem Kaiser zu gehorchen, das Reich zu

hüten im Centrum: War gar nicht nötig! Aber der Staat

darf diese Entgegenkommen gegenüber nicht allseitig in sei-

nen Konzeptionen gehen, denn einen dauernden Frieden mit der

Kurie gebe es nicht. Es gebe höchstens einen neutralen Boden

bei so lange neutral bleibe, daß es nicht überleben könne. Ein

dauernder Frieden mit der Kurie liege in der Quadratur des

Rechtens. Gegen die Vorlage wendet sich der Redner mit fol-

genden Ausführungen: Der Staat kann nicht verzichten auf

jede Einwirkung auf die Verordnungen und Erziehung der Geistlichen

des Landes. Der Staat hat die Erziehung zwischen

Staat und Kirche geteilt. Denn in katholischen Staaten ist

diese Frage Gegenstand von Verordnungen in Konfessions-

und sonstigen Verträgen gewesen. Ferner haben auch in katho-

lischen Staaten die Regierungen eine Einwirkung auf die Be-

regung der Pfarrstellen gehabt, entweder infolge eines direkten

Ernennungsrechtes oder infolge eines Bestätigungsrechtes. Das

Disziplinärrecht der Geistlichen stand dem Staate eine gewisse

Entscheidung zu. Auf alle diese Dinge hat der

Staat nach der Vorlage zum größten Teil verzichtet leisten.

Der Staat soll ferner verzichten auf eine erhebliche Beschän-

kung der Orden. Der Staat können die kirchenpolitischen Gesetze

welche angeht, leicht beseitigt werden. Aber man

darf nicht vergessen, daß unsere Verfassung nicht mehr die

eine absolute Staats ist, sondern daß die Volksherrschaft

dabei mitwirkt darf. Man muß deshalb darauf Rücksicht neh-

men, welche Wirkung die Verfassung auf die Gemüther der

Wähler haben wird. Jedenfalls werden die Gesetze der pro-

testantischen Wähler durch diese Vorlage nicht angenehm be-

trübt. Wenn die Vorlage abgelehnt wird, wird die Kurie er-

kennen, daß der preussische Staat vor einem non possumus vor

der Kurie des Reichs steht, daß er nicht überleben kann. Das

wäre die sicherste Friedensgrundlage für Preußen sein. Ich kann

es daher bitten, die Vorlage zur Beratung einer Kommission

zu überweisen. (Wiederholt recht und im Centrum.)

Herr Dr. v. d. Hagen: Ich muß es mir erlauben, auf die

Rede des Herrn Grell, die er nicht überlesen hat, zu antworten.

Ich habe die Vorlage sehr eingehend studiert, und ich glaube

zuversichtlich sagen zu können, daß die Vorlage die kirchen-

politische Verhältnisse in Preußen nicht nur nicht

beeinträchtigt, sondern daß sie die kirchenpolitischen Ver-

hältnisse in Preußen nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern

daß sie die kirchenpolitischen Verhältnisse in Preußen nicht

beeinträchtigt, sondern daß sie die kirchenpolitischen Ver-

hältnisse in Preußen nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern

daß sie die kirchenpolitischen Verhältnisse in Preußen nicht

beeinträchtigt, sondern daß sie die kirchenpolitischen Ver-

hältnisse in Preußen nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern

daß sie die kirchenpolitischen Verhältnisse in Preußen nicht

beeinträchtigt, sondern daß sie die kirchenpolitischen Ver-

hältnisse in Preußen nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern

daß sie die kirchenpolitischen Verhältnisse in Preußen nicht

beeinträchtigt, sondern daß sie die kirchenpolitischen Ver-

hältnisse in Preußen nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern

daß sie die kirchenpolitischen Verhältnisse in Preußen nicht

beeinträchtigt, sondern daß sie die kirchenpolitischen Ver-

hältnisse in Preußen nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern

daß sie die kirchenpolitischen Verhältnisse in Preußen nicht

beeinträchtigt, sondern daß sie die kirchenpolitischen Ver-

hältnisse in Preußen nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern

daß sie die kirchenpolitischen Verhältnisse in Preußen nicht

beeinträchtigt, sondern daß sie die kirchenpolitischen Ver-

hältnisse in Preußen nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern

daß sie die kirchenpolitischen Verhältnisse in Preußen nicht

beeinträchtigt, sondern daß sie die kirchenpolitischen Ver-

hältnisse in Preußen nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern

daß sie die kirchenpolitischen Verhältnisse in Preußen nicht

beeinträchtigt, sondern daß sie die kirchenpolitischen Ver-

hältnisse in Preußen nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern

daß sie die kirchenpolitischen Verhältnisse in Preußen nicht

beeinträchtigt, sondern daß sie die kirchenpolitischen Ver-

hältnisse in Preußen nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern

daß sie die kirchenpolitischen Verhältnisse in Preußen nicht

beeinträchtigt, sondern daß sie die kirchenpolitischen Ver-

hältnisse in Preußen nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern

daß sie die kirchenpolitischen Verhältnisse in Preußen nicht

beeinträchtigt, sondern daß sie die kirchenpolitischen Ver-

hältnisse in Preußen nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern

daß sie die kirchenpolitischen Verhältnisse in Preußen nicht

beeinträchtigt, sondern daß sie die kirchenpolitischen Ver-

hältnisse in Preußen nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern

daß sie die kirchenpolitischen Verhältnisse in Preußen nicht

beeinträchtigt, sondern daß sie die kirchenpolitischen Ver-

hältnisse in Preußen nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern

daß sie die kirchenpolitischen Verhältnisse in Preußen nicht

beeinträchtigt, sondern daß sie die kirchenpolitischen Ver-

hältnisse in Preußen nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern

daß sie die kirchenpolitischen Verhältnisse in Preußen nicht

beeinträchtigt, sondern daß sie die kirchenpolitischen Ver-

hältnisse in Preußen nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern

daß sie die kirchenpolitischen Verhältnisse in Preußen nicht

beeinträchtigt, sondern daß sie die kirchenpolitischen Ver-

hältnisse in Preußen nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern

daß sie die kirchenpolitischen Verhältnisse in Preußen nicht

beeinträchtigt, sondern daß sie die kirchenpolitischen Ver-

hältnisse in Preußen nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern

daß sie die kirchenpolitischen Verhältnisse in Preußen nicht

beeinträchtigt, sondern daß sie die kirchenpolitischen Ver-

hältnisse in Preußen nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern

daß sie die kirchenpolitischen Verhältnisse in Preußen nicht

beeinträchtigt, sondern daß sie die kirchenpolitischen Ver-

hältnisse in Preußen nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern

daß sie die kirchenpolitischen Verhältnisse in Preußen nicht

beeinträchtigt, sondern daß sie die kirchenpolitischen Ver-

hältnisse in Preußen nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern

daß sie die kirchenpolitischen Verhältnisse in Preußen nicht

beeinträchtigt, sondern daß sie die kirchenpolitischen Ver-

hältnisse in Preußen nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern

daß sie die kirchenpolitischen Verhältnisse in Preußen nicht

beeinträchtigt, sondern daß sie die kirchenpolitischen Ver-

hältnisse in Preußen nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern

daß sie die kirchenpolitischen Verhältnisse in Preußen nicht

beeinträchtigt, sondern daß sie die kirchenpolitischen Ver-

hältnisse in Preußen nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern

auch heute die Kompetenz des Papstes speziell in kirchenregimen-

tlichen Fragen betont, daß es jedoch nicht unabdingbar ge-

wäre, sich in diesem Punkte mit der Kurie zu vereinbaren.

Die Nationalliberalen waren noch päpstlicher als der

Papst, sie erkannten ihm eine Unfehlbarkeit in weltlichen Dingen

zu, welche der Papst niemals verlangt hat. Amtliche Festsch-

reibungen von Bischöfen lagen vor, um den Einfluß des Papstes

in der Kurie zu vergrößern, das konnte man nicht übersehen

haben. Der Anbruch von Rom folgte amtlich die Geistlichen

auf, im Sinne der päpstlichen Note auf das katholische

Wort einzuwirken. So wird es später an der Hand des Ein-

spruchsrechts weiter gehen. Und den neuesten Verordnungen

in der Kurie ist nicht hervor, daß die kirchenpolitische

Tätigkeit der Regierung seit 1871 geleistet worden ist nicht

gegen die Sache selbst, durch die Stellung des Centrums. Man

weiß beim Entstehen der Centrapartei den Papst gegen den

„Ansturm“ an; als dies nicht gelang, da wurde als Res-

ponse die katholische Abtheilung des Nationalministeriums auf-

gehoben. Für die Freunde der Regierung im Kulturkampf

muß es sehr ermutigend wirken, wenn sie erfahren, daß sie nur

im Interesse der Fraktionspolitik im Interesse des Kampfes

des Reichstages gegen den Papst, Wilmshorst gebraucht wor-

den sind. Man befragt jetzt die kirchenpolitische Gesetzgebung

aber man muß selbst auf dem Rückzuge nach politische Vorteile

erringen. Der Reichstasler hat ja vorläufig die parlamen-

tarische Mehrheit erlangt, die sich ja wohl demnächst auch in

Steuerverträgen bewähren wird. Aber der Reichstasler meint,

daß die Reichstasler keine neue Schritte machen. Er will

sehen, daß das Centrum durch die Gesetzgebung vertheuert, damit

es nicht wieder mit einer am nachtheiligeren freimüthigen Partei

die Mehrheit bilden kann. Der Reichstasler ist zwar ein Gegner

der parlamentarischen Regierung, aber er glaubt wohl selbst,

daß ihr die Zukunft gehört, deshalb sucht er die Mehrheit nach

dem Centrum zu ziehen. Er will einen Staatsoberhaupt

muß herbeiführen. Auch wenn die Vorlage angenommen wird,

werden sich die Vertheilungen, das Einpruchsrecht zu befechtigen

und alle anderen. Alle freigeistlichen Parteien haben

ein Interesse, sich diesen Vertheilungen anzuschließen, und auch

die katholischen Parteien werden sich diesem Anschluß anzu-

schließen. Das Centrum durch die Gesetzgebung vertheuert, damit

es nicht wieder mit einer am nachtheiligeren freimüthigen Partei

die Mehrheit bilden kann. Der Reichstasler ist zwar ein Gegner

der parlamentarischen Regierung, aber er glaubt wohl selbst,

daß ihr die Zukunft gehört, deshalb sucht er die Mehrheit nach

dem Centrum zu ziehen. Er will einen Staatsoberhaupt

muß herbeiführen. Auch wenn die Vorlage angenommen wird,

werden sich die Vertheilungen, das Einpruchsrecht zu befechtigen

und alle anderen. Alle freigeistlichen Parteien haben

ein Interesse, sich diesen Vertheilungen anzuschließen, und auch

die katholischen Parteien werden sich diesem Anschluß anzu-

schließen. Das Centrum durch die Gesetzgebung vertheuert, damit

es nicht wieder mit einer am nachtheiligeren freimüthigen Partei

die Mehrheit bilden kann. Der Reichstasler ist zwar ein Gegner

der parlamentarischen Regierung, aber er glaubt wohl selbst,

daß ihr die Zukunft gehört, deshalb sucht er die Mehrheit nach

dem Centrum zu ziehen. Er will einen Staatsoberhaupt

muß herbeiführen. Auch wenn die Vorlage angenommen wird,

werden sich die Vertheilungen, das Einpruchsrecht zu befechtigen

und alle anderen. Alle freigeistlichen Parteien haben

ein Interesse, sich diesen Vertheilungen anzuschließen, und auch

die katholischen Parteien werden sich diesem Anschluß anzu-

schließen. Das Centrum durch die Gesetzgebung vertheuert, damit

es nicht wieder mit einer am nachtheiligeren freimüthigen Partei

die Mehrheit bilden kann. Der Reichstasler ist zwar ein Gegner

der parlamentarischen Regierung, aber er glaubt wohl selbst,

daß ihr die Zukunft gehört, deshalb sucht er die Mehrheit nach

dem Centrum zu ziehen. Er will einen Staatsoberhaupt

muß herbeiführen. Auch wenn die Vorlage angenommen wird,

werden sich die Vertheilungen, das Einpruchsrecht zu befechtigen

und alle anderen. Alle freigeistlichen Parteien haben

ein Interesse, sich diesen Vertheilungen anzuschließen, und auch

die katholischen Parteien werden sich diesem Anschluß anzu-

schließen. Das Centrum durch die Gesetzgebung vertheuert, damit

es nicht wieder mit einer am nachtheiligeren freimüthigen Partei

die Mehrheit bilden kann. Der Reichstasler ist zwar ein Gegner

der parlamentarischen Regierung, aber er glaubt wohl selbst,

daß ihr die Zukunft gehört, deshalb sucht er die Mehrheit nach

dem Centrum zu ziehen. Er will einen Staatsoberhaupt

muß herbeiführen. Auch wenn die Vorlage angenommen wird,

werden sich die Vertheilungen, das Einpruchsrecht zu befechtigen

und alle anderen. Alle freigeistlichen Parteien haben

ein Interesse, sich diesen Vertheilungen anzuschließen, und auch

die katholischen Parteien werden sich diesem Anschluß anzu-

schließen. Das Centrum durch die Gesetzgebung vertheuert, damit

es nicht wieder mit einer am nachtheiligeren freimüthigen Partei

die Mehrheit bilden kann. Der Reichstasler ist zwar ein Gegner

der parlamentarischen Regierung, aber er glaubt wohl selbst,

daß ihr die Zukunft gehört, deshalb sucht er die Mehrheit nach

dem Centrum zu ziehen. Er will einen Staatsoberhaupt

muß herbeiführen. Auch wenn die Vorlage angenommen wird,

werden sich die Vertheilungen, das Einpruchsrecht zu befechtigen

und alle anderen. Alle freigeistlichen Parteien haben

ein Interesse, sich diesen Vertheilungen anzuschließen, und auch

die katholischen Parteien werden sich diesem Anschluß anzu-

schließen. Das Centrum durch die Gesetzgebung vertheuert, damit

es nicht wieder mit einer am nachtheiligeren freimüthigen Partei

die Mehrheit bilden kann. Der Reichstasler ist zwar ein Gegner

der parlamentarischen Regierung, aber er glaubt wohl selbst,

daß ihr die Zukunft gehört, deshalb sucht er die Mehrheit nach

dem Centrum zu ziehen. Er will einen Staatsoberhaupt

muß herbeiführen. Auch wenn die Vorlage angenommen wird,

werden sich die Vertheilungen, das Einpruchsrecht zu befechtigen

und alle anderen. Alle freigeistlichen Parteien haben

ein Interesse, sich diesen Vertheilungen anzuschließen, und auch

die katholischen Parteien werden sich diesem Anschluß anzu-

schließen. Das Centrum durch die Gesetzgebung vertheuert, damit

es nicht wieder mit einer am nachtheiligeren freimüthigen Partei

die Mehrheit bilden kann. Der Reichstasler ist zwar ein Gegner

der parlamentarischen Regierung, aber er glaubt wohl selbst,

daß ihr die Zukunft gehört, deshalb sucht er die Mehrheit nach

dem Centrum zu ziehen. Er will einen Staatsoberhaupt

muß herbeiführen. Auch wenn die Vorlage angenommen wird,

werden sich die Vertheilungen, das Einpruchsrecht zu befechtigen

und alle anderen. Alle freigeistlichen Parteien haben

ein Interesse, sich diesen Vertheilungen anzuschließen, und auch

die katholischen Parteien werden sich diesem Anschluß anzu-

schließen. Das Centrum durch die Gesetzgebung vertheuert, damit

es nicht wieder mit einer am nachtheiligeren freimüthigen Partei

die Mehrheit bilden kann. Der Reichstasler ist zwar ein Gegner

der parlamentarischen Regierung, aber er glaubt wohl selbst,

daß ihr die Zukunft gehört, deshalb sucht er die Mehrheit nach

dem Centrum zu ziehen. Er will einen Staatsoberhaupt

muß herbeiführen. Auch wenn die Vorlage angenommen wird,

werden sich die Vertheilungen, das Einpruchsrecht zu befechtigen

und alle anderen. Alle freigeistlichen Parteien haben

ein Interesse, sich diesen Vertheilungen anzuschließen, und auch

die katholischen Parteien werden sich diesem Anschluß anzu-

schließen. Das Centrum durch die Gesetzgebung vertheuert, damit

es nicht wieder mit einer am nachtheiligeren freimüthigen Partei

tliche. Es ist ein Mißverständnis, daß unter Kirchenfreiheit sich

an das Dogma der Unfehlbarkeit geknüpft habe. Dieses Miß-

verständnis habe ich durch die Veröffentlichung zu befeitigen

versucht. Ich würde mich schämen, wenn ich als Redner die

trübe sein würde. Ich nehme die Bezeichnung „Opportunität“



